



# Pressekonferenz

## Konjkturumfrage Herbst 2024

Berlin, November 2024

## Die Situation in der regionalen Bauwirtschaft

- Hohe Materialpreise
- Hohe Kosten durch bürokratische Hemmnisse und überzogene Standards
- Zu wenig Bewegung bei der Förderung für das energieeffiziente Bauen
  - Große Zurückhaltung bei den Bauherren beim Ausschreiben neuer Projekte
  - Die Baugenehmigungen im Wohnungsneubau sind in 2024 in Berlin um ca. 25 Prozent und in Brandenburg um 32 Prozent im Vergleich zu 2023 zurückgegangen → das sind Rückgänge von rund 50 Prozent in Berlin und über 65 Prozent in Brandenburg in den letzten zwei Jahren
  - Auch für die Sanierung von Gebäuden sind in Berlin 15 und in Brandenburg rund fünf Prozent weniger Genehmigungen erteilt worden – das sind rund 20 Prozent Rückgang in beiden Bundesländern in den letzten zwei Jahren
  - Fokussierung auf zu hohe Standards ist kostenintensiv → wissenschaftliche Studien haben ergeben, dass im Gebäudesektor die Klimaneutralität in 2045 mit der Umsetzung niedrigerer Effizienzstandards in der Sanierung bei deutlich niedrigeren Kosten zu erreichen ist

## Die Situation in der regionalen Bauwirtschaft

- Bürokratie und mangelnde Leistungsfähigkeit der Behörden
  - Nach wie vor dauern Genehmigungen in Berlin und Brandenburg zu lang
  - Keine einheitliche Bearbeitung von Anträgen → Nachweisanforderungen unterschiedlich
  - Erschütterungsschutzgutachten Pflicht bei Bauanträgen
  - Vogelschutz vs. Bauprojekte
- Keine Ausgleichsfunktion durch Steigerung der staatlichen Auftragsvergabe
- zu wenige öffentliche Investitionen durch klamme öffentliche Kassen
- Auswirkungen auf Investitionsentscheidungen der Bauherren durch hohes Preisniveau aber auch durch Fokussierung der Politik auf hohe Effizienzstandards

## Die Situation in der regionalen Bauwirtschaft

- Fachkräftemangel
  - Kaum Fachkräfte auf dem Arbeitsmarkt
  - Demografischer Faktor
  - Rund 150 offene betriebliche Lehrstellen in Berlin und in Brandenburg rund 300 offene betriebliche Lehrstellen im Bauhauptgewerbe laut Lehrstellenbörse der Agentur für Arbeit
- Erfreulich
  - Unternehmer halten nach wie vor die Mitarbeiter (weniger Entlassungen mehr Kurzarbeit)
  - Nach wie vor hohe Ausbildungsbereitschaft der kleinen und mittelständischen Unternehmen

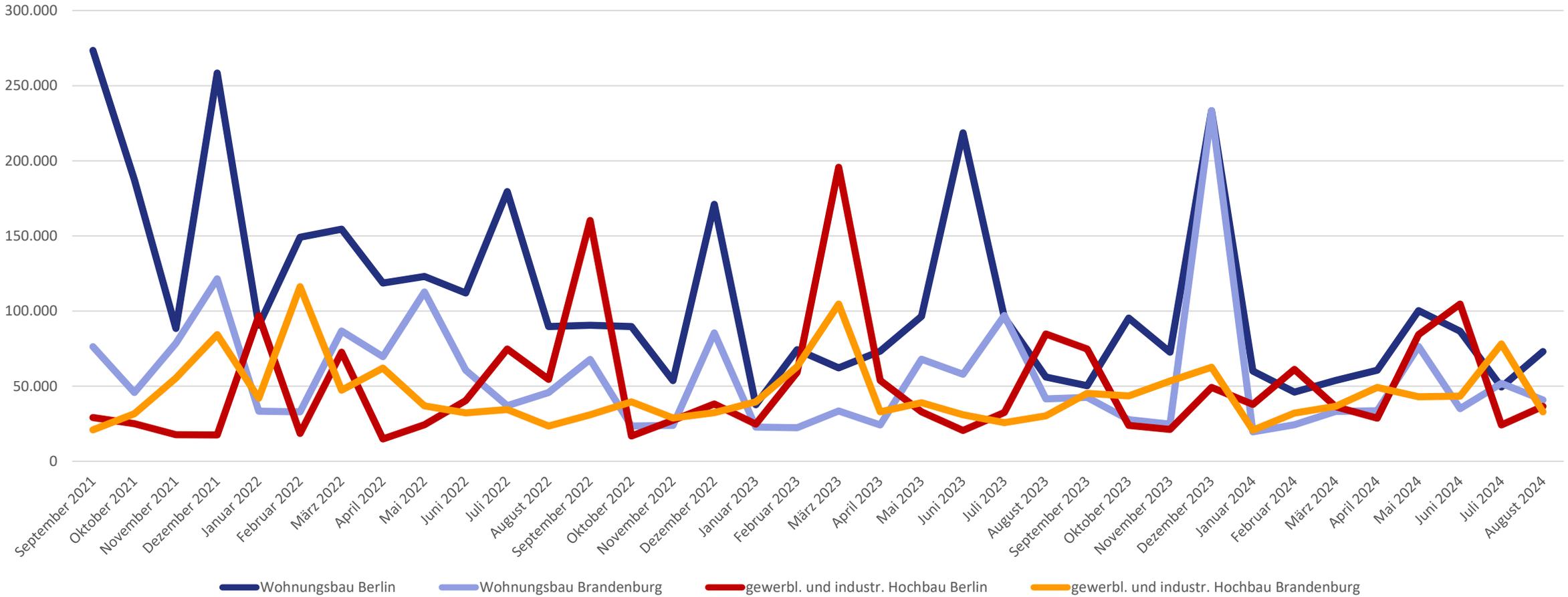
## **Ausblick nach wie vor nicht allzu gut**

- zu wenige öffentliche Investitionen durch klamme öffentliche Kassen
- Auswirkungen auf Investitionsentscheidungen der Bauherren durch hohes Preis- und Zinsniveau aber auch durch Fokussierung der Politik auf hohe Effizienzstandards
- Entlastungspakete haben nur marginale Effekte
- Kaum Förderung beim Geschosswohnungsbau

## **Nach wie vor gilt**

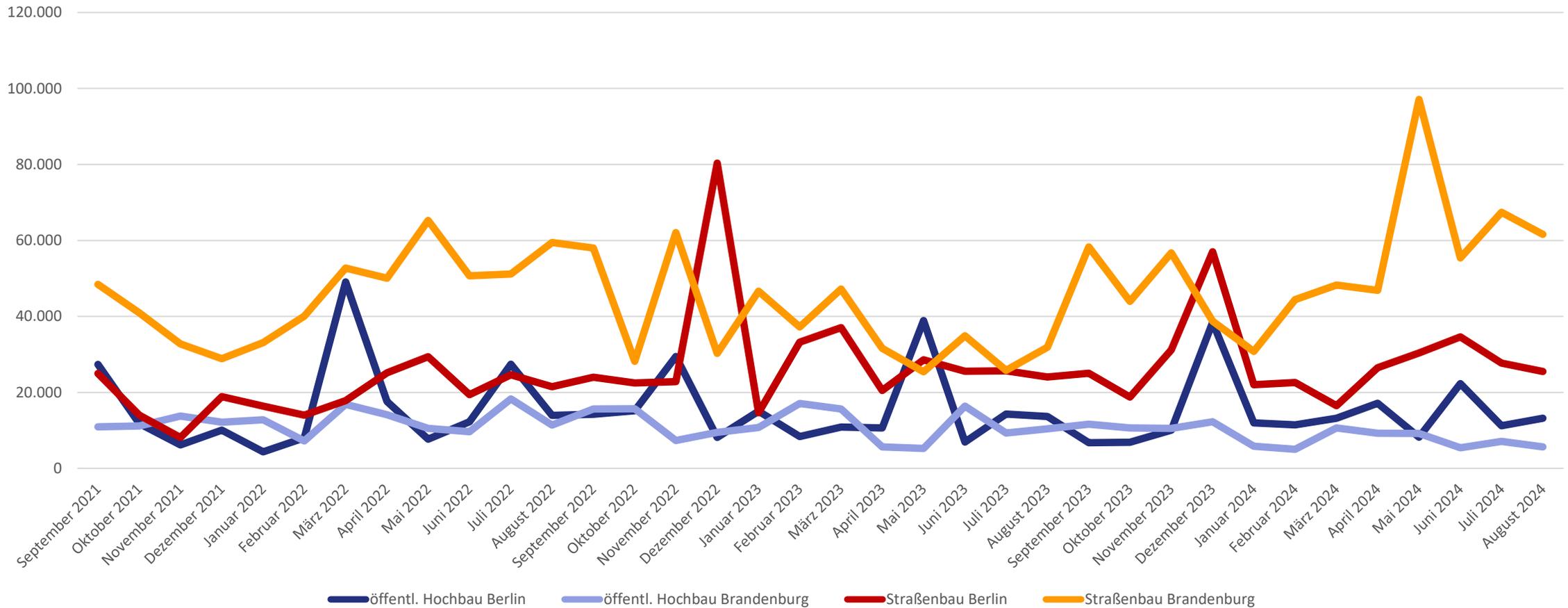
- Ungebrochener Bedarf an neuen Wohnungen in Berlin
- Dringend notwendige Ertüchtigung der Infrastruktur in Berlin und Brandenburg
- Wachstumskerne in Brandenburg rund um Tesla, Lausitz und BER

**Auftragseingänge im Bauhauptgewerbe in Berlin und Brandenburg**  
(in 1.000 Euro, nicht preisbereinigt, Quelle Statistisches Landesamt Bln-Brb)



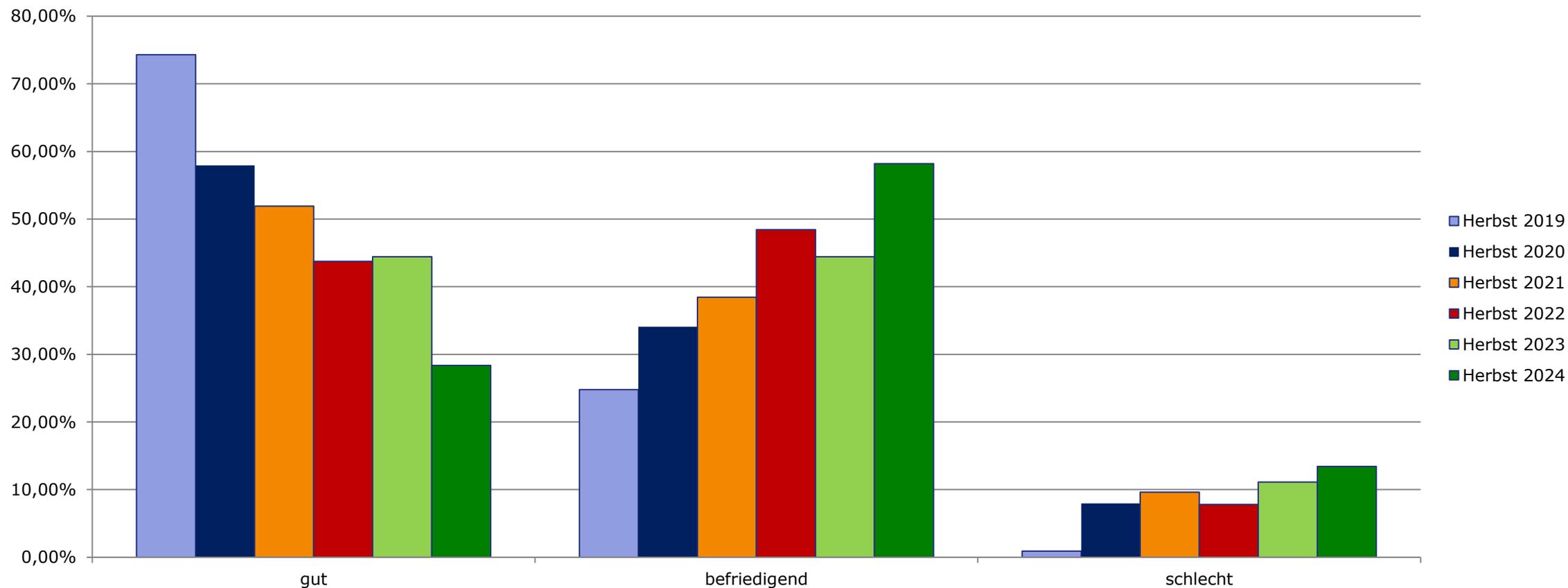


### Auftragseingänge Bauhauptgewerbe öffentliche Investitionen (in 1.000 Euro, nicht breisbereinigt; Quelle Statistisches Landesamt Berlin/Brandenburg)



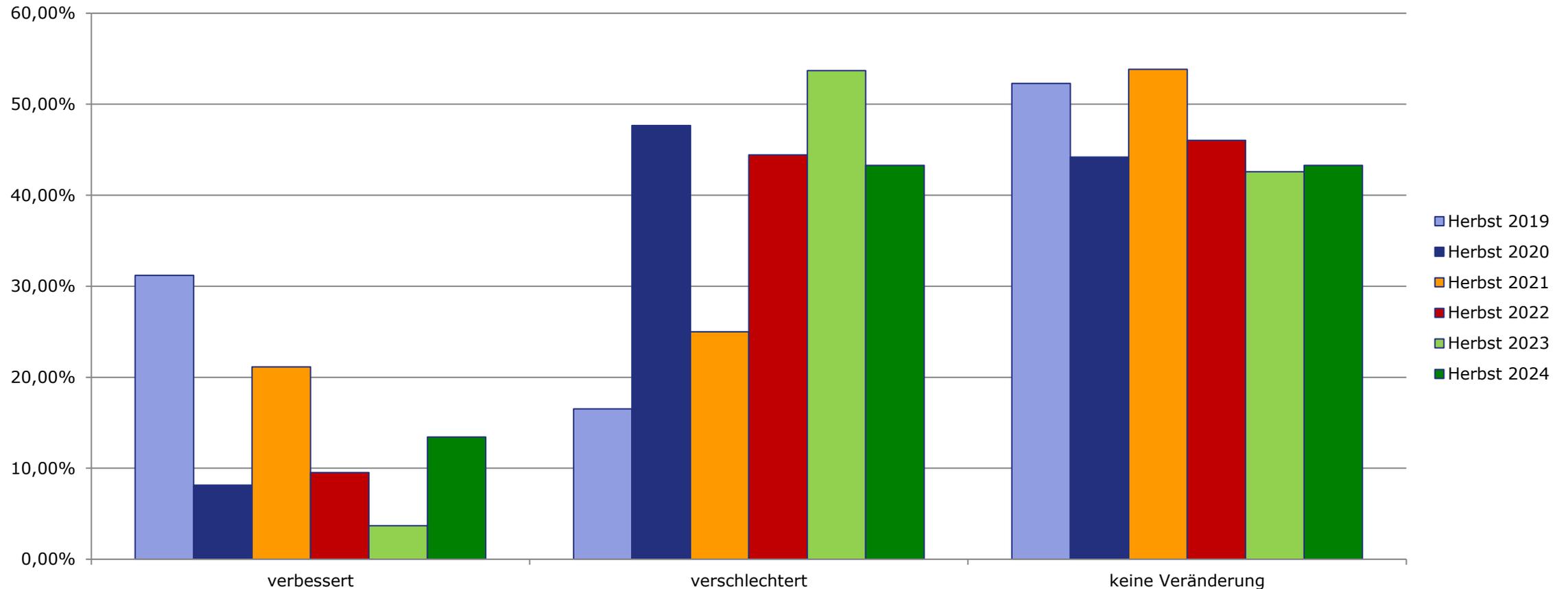
## Geschäftslage verschlechtert sich weiter

Wie schätzen Sie Ihre derzeitige Geschäftslage ein?



## Auftragseingänge auf niedrigem Niveau

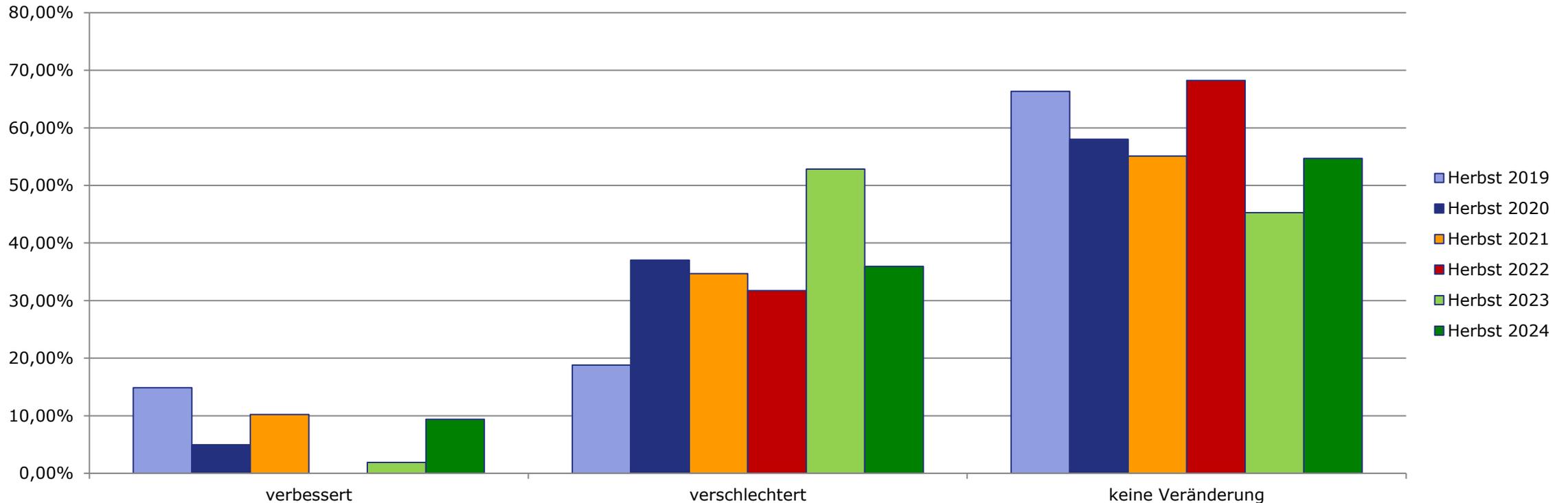
Wie hat sich Ihr Auftragseingang seit Jahresbeginn im Vergleich zum Vorjahr verändert?





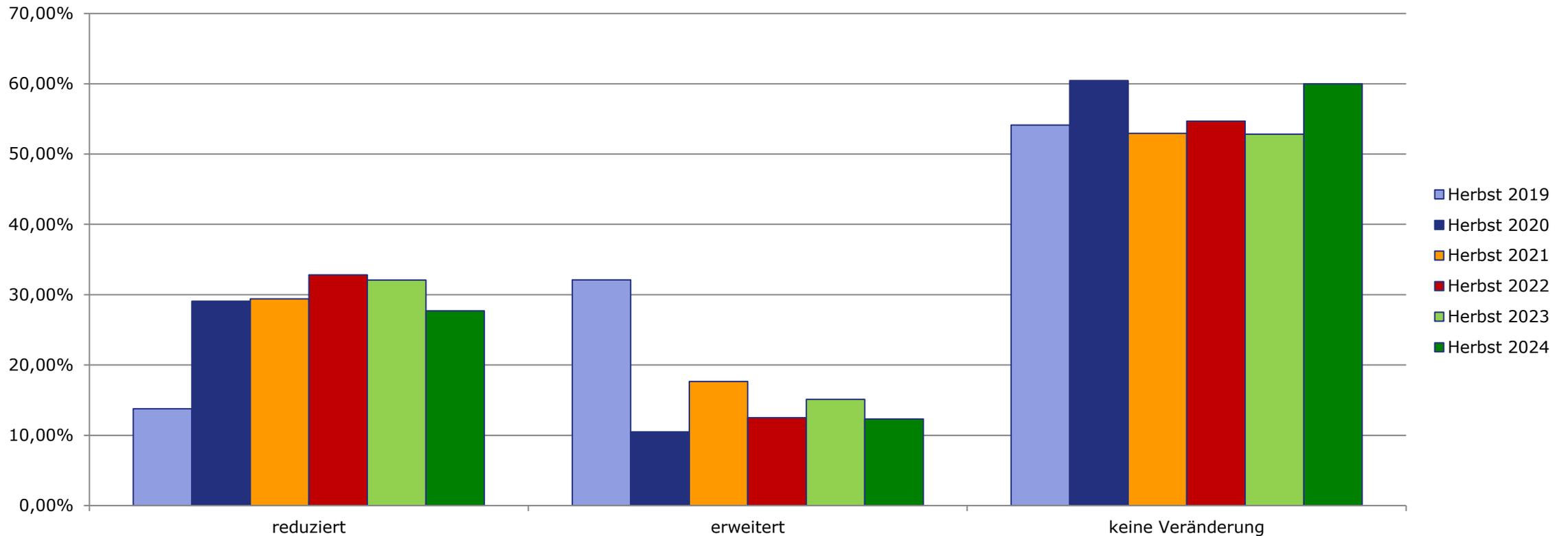
## Keine signifikante Verbesserung bei den öffentlichen Aufträgen

Wie haben sich speziell die öffentlichen Aufträge in Ihrem Bereich seit Jahresbeginn im Vergleich zum Vorjahr entwickelt?



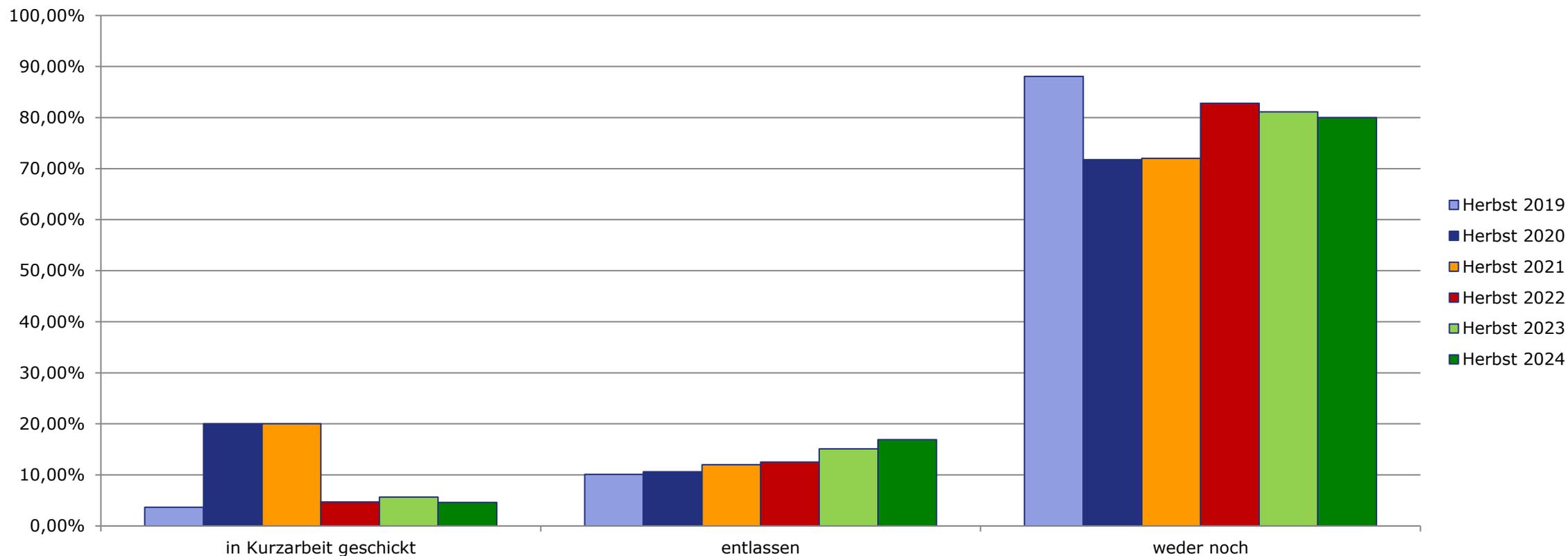
## Reduzierung der Belegschaft eher aus demografischen Gründen

Wie hat sich die Anzahl Ihrer Mitarbeiter seit Jahresbeginn entwickelt?



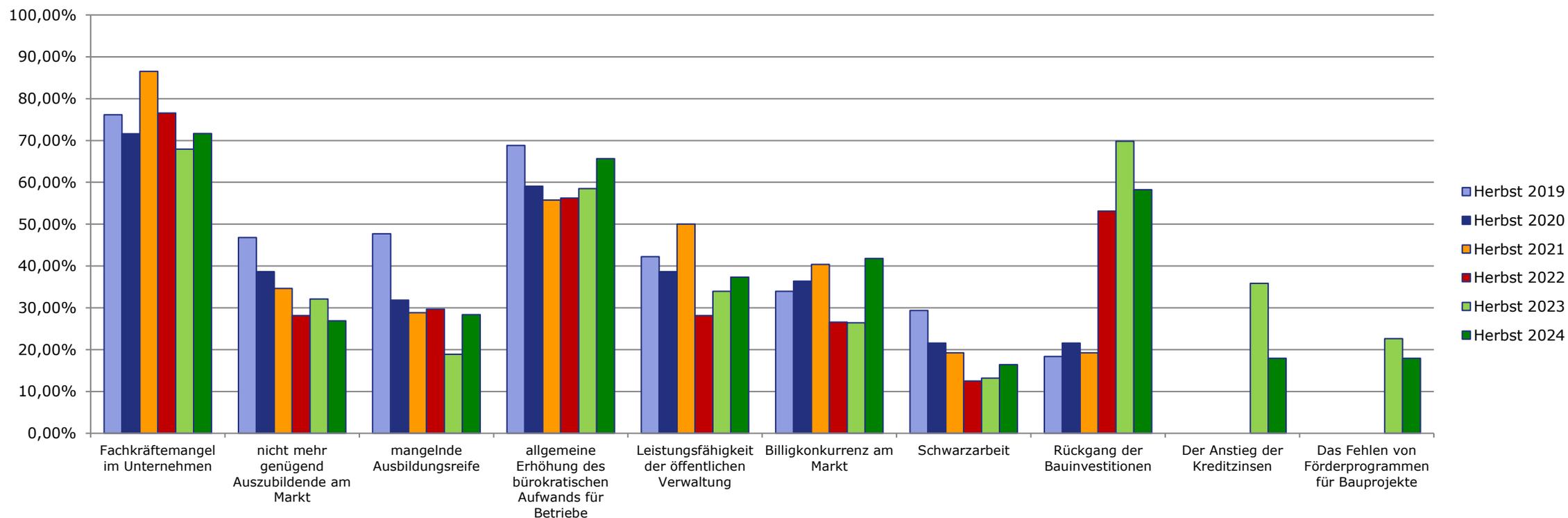
## Unternehmen halten Mitarbeiter so gut es geht

Haben Sie Mitarbeiter im letzten halben Jahr in Kurzarbeit geschickt oder entlassen?  
(Mehrfachnennungen möglich)



## Fachkräftemangel, Bürokratie und Rückgang der Bauinvestitionen belasten am stärksten

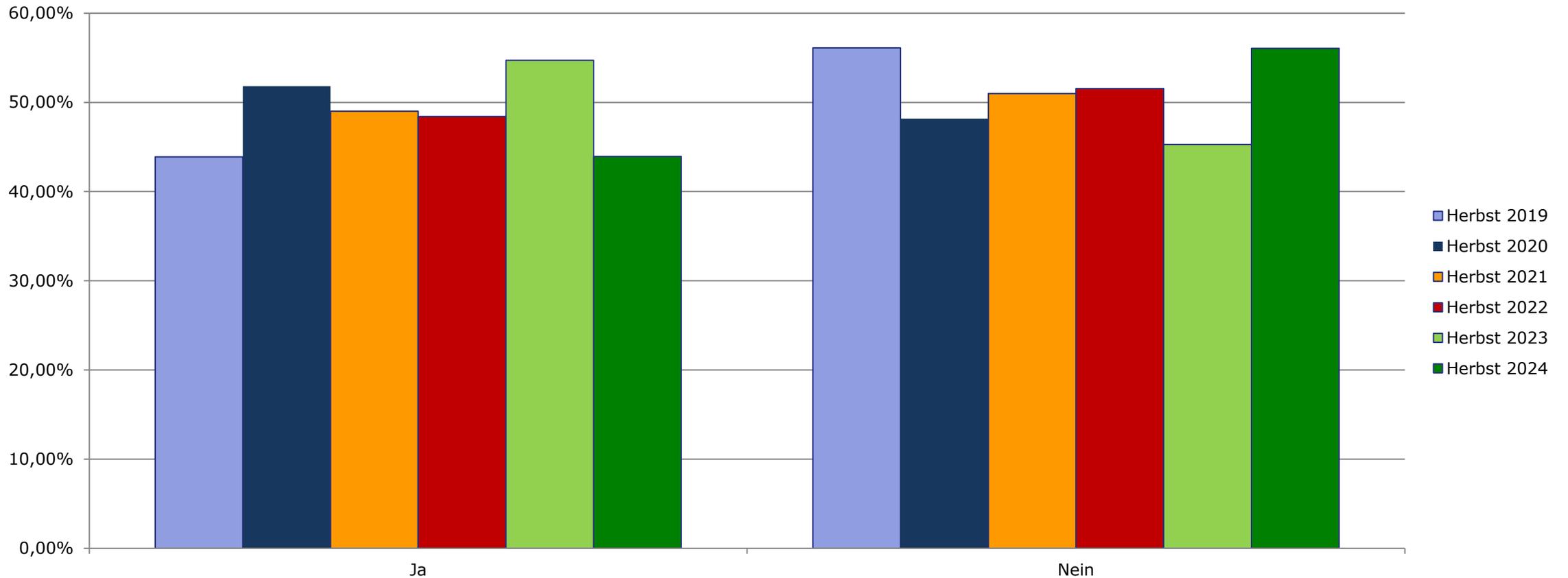
Was sind aus Ihrer Sicht die drei größten Probleme, die die Bauwirtschaft am stärksten belasten? (Mehrfachnennungen möglich)





## Ausbildungswilligkeit nach wie vor hoch

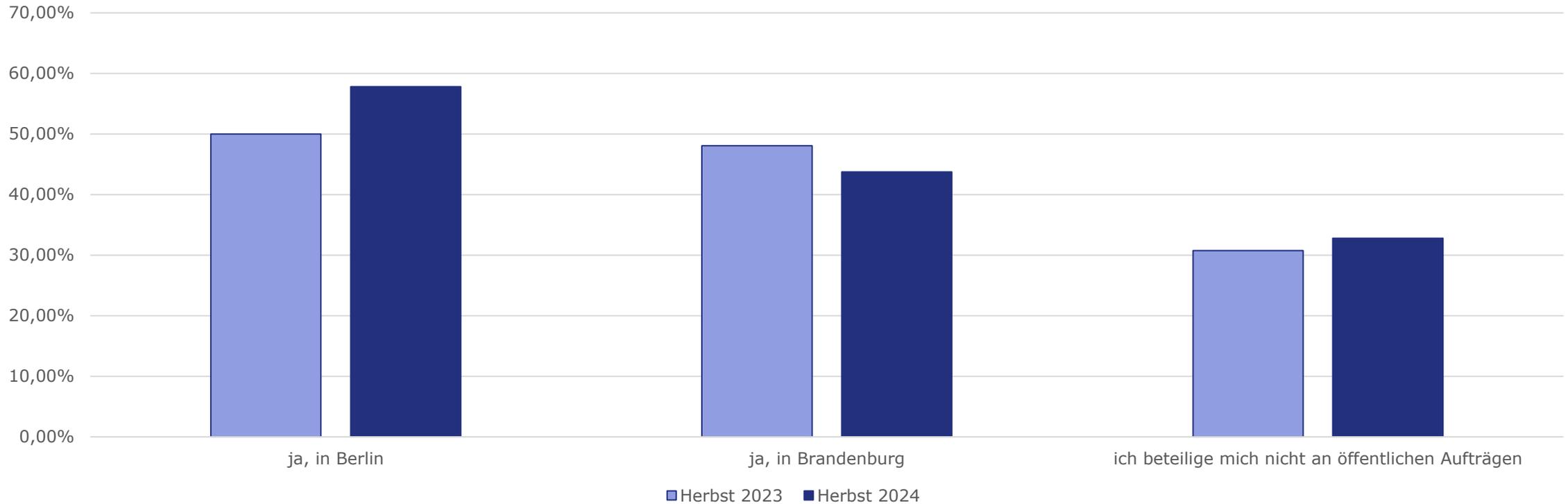
Bilden Sie derzeit Fachkräfte / Lehrlinge aus?





## Hohe Zahl der Unternehmen beteiligt sich nicht an öffentlichen Ausschreibungen

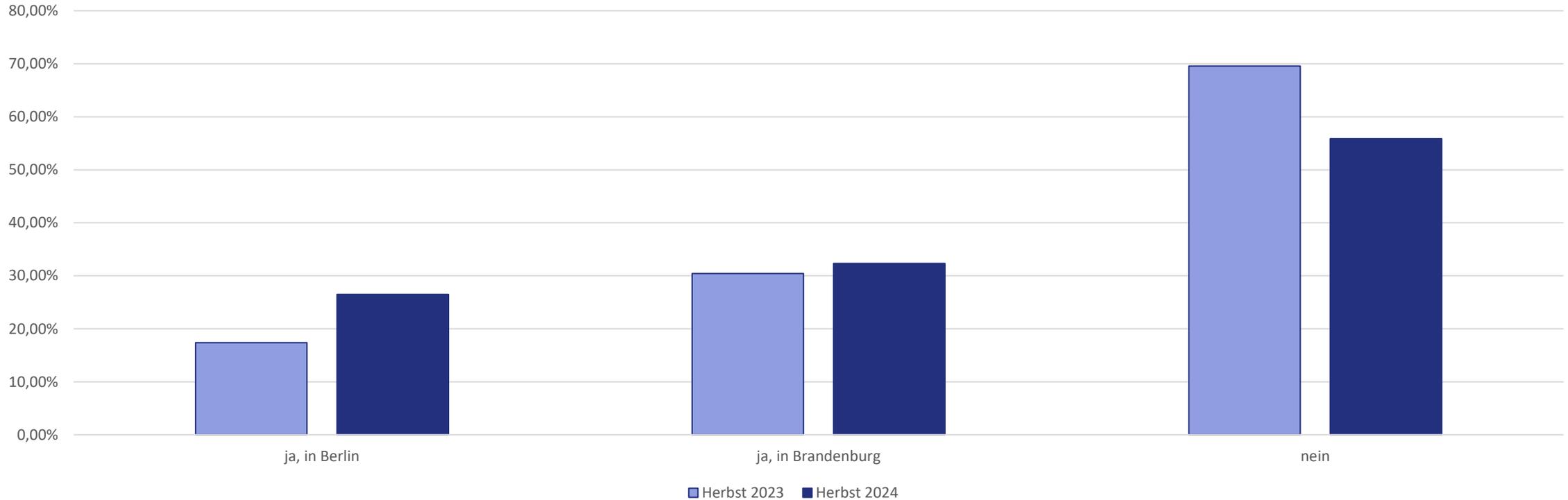
Bewerben Sie sich um öffentliche Aufträge in Berlin und/oder Brandenburg?  
(Mehrfachnennungen möglich)





## Mehr Firmen erweitern ihr Spektrum in das öffentliche Auftragswesen

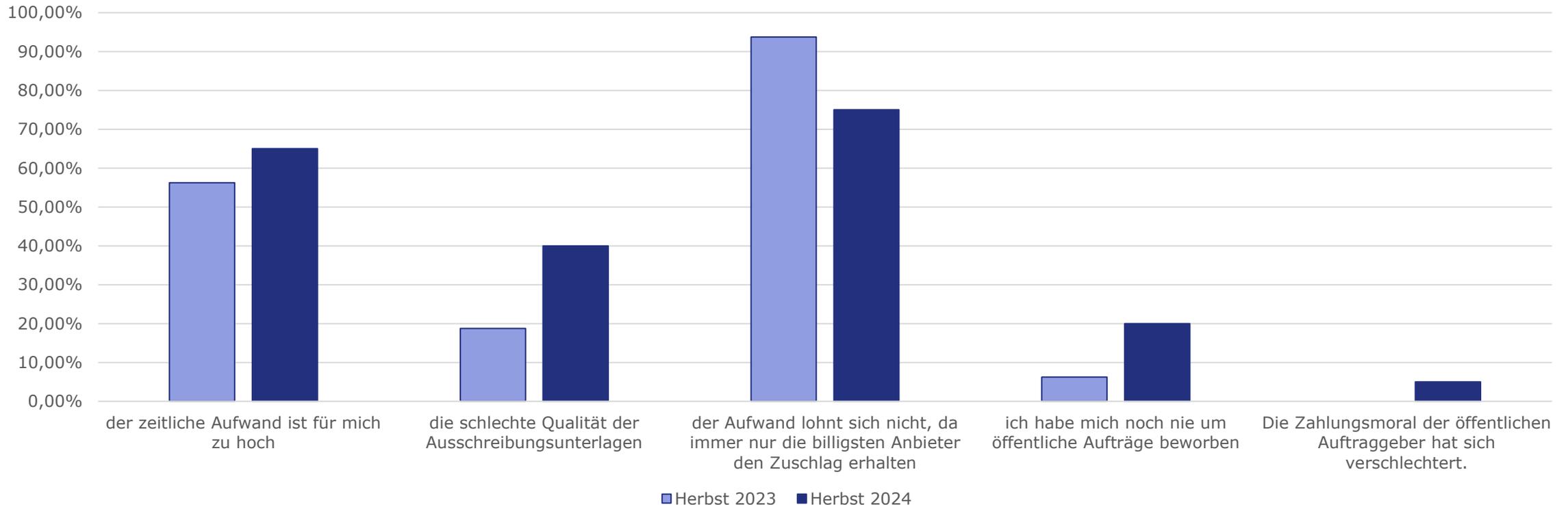
Wenn Sie sich nicht um öffentliche Aufträge bewerben - planen Sie, sich in den nächsten Monaten um öffentliche Aufträge zu bewerben? (Mehrfachnennungen möglich)





## Qualität der öffentlichen Ausschreibungen verschlechtert sich

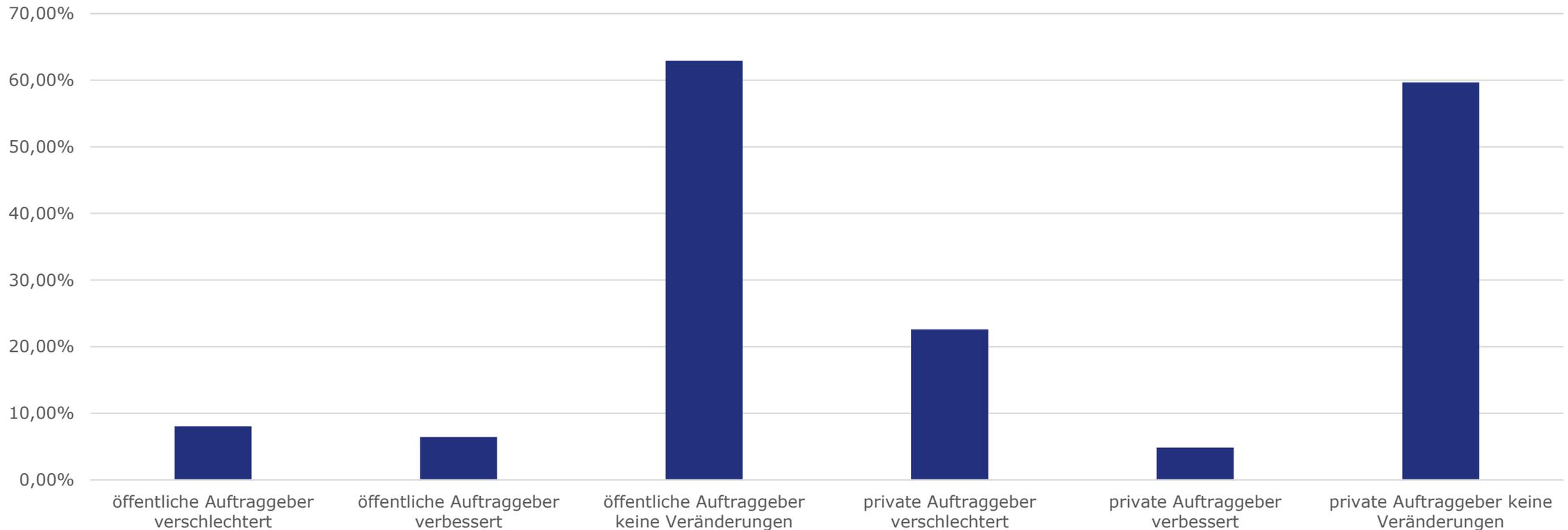
Wenn Sie sich nicht um öffentliche Aufträge bewerben - was sind die Gründe dafür?  
(Mehrfachnennungen möglich)





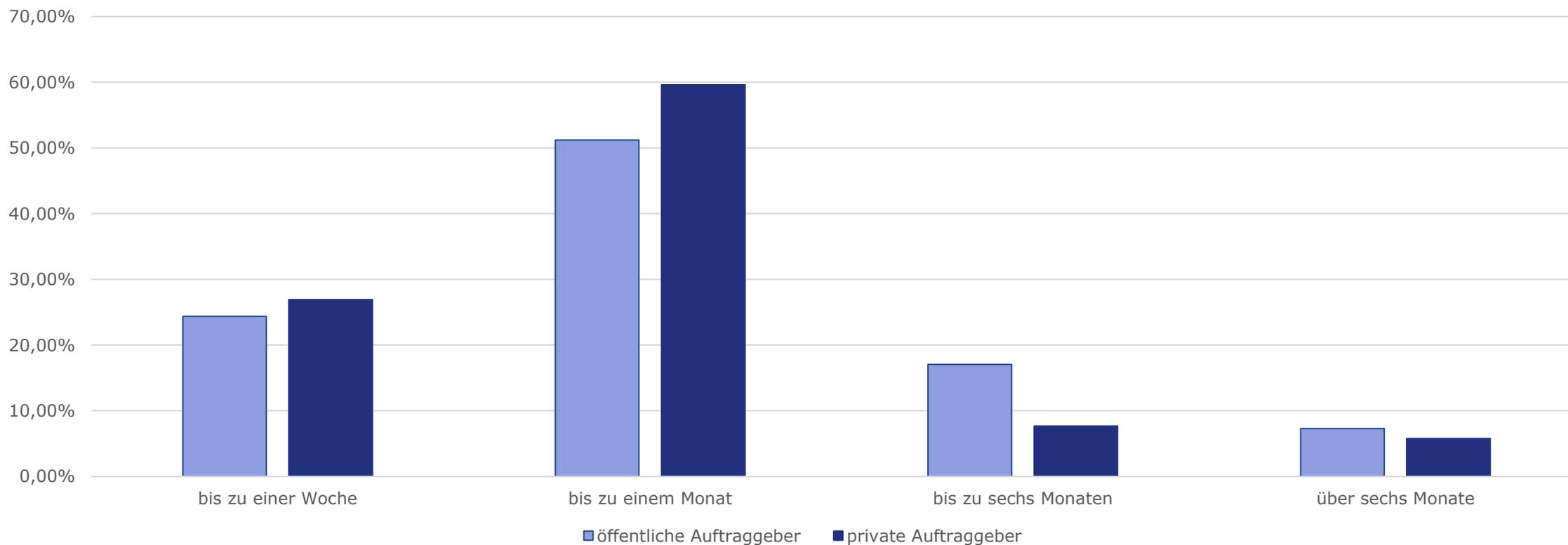
## Zahlungsmoral bei privaten Bauherren verschlechtert sich stärker als bei öffentlichen Bauherren

Wie hat sich die Zahlungsmoral der Auftraggeber verändert? (Mehrfachnennungen möglich)



## Das Überschreiten der Zahlungsziele verschärft die Situation der Baufirmen

Um welche Zeitspanne überziehen die Auftraggeber die Begleichung der Rechnungen?



## **Forderungen der Fachgemeinschaft Bau**

### Generell

1. Verbesserung der Zahlungsmoral von öffentlichen und privaten Bauherren
2. Vereinfachung und Synchronisierung der Bauordnungen in Berlin und Brandenburg
  - Sind mit den diesjährigen Novellen weiter auseinandergedriftet (z.B. Dachbegrünungspflicht in Berlin, keine Solarpflicht in Brandenburg für Wohnhäuser)
  - Wegfall der Pflicht für Erschütterungsschutzgutachten in Brandenburg
  - Baustandards auf den Prüfstand
3. Auflegen eines neuen verlässlichen umfassenden Förderprogramms für das Bauen auf Bundesebene – analog zum gestrichenen KfW-Programm
4. Verringerung der fördernotwendigen Effizienzstandards
5. Ausweitung der öffentlichen Investitionen in Infrastruktur

## Forderungen

### 6. Vereinfachung der öffentlichen Auftragsvergabe in beiden Bundesländern durch

- Streichung aller vergabefremden Kriterien aus dem Vergaberecht
- Bezuschlagung des wirtschaftlichsten Angebotes
- Tariftreue → wenn beibehalten, dann Gültigkeit für alle öffentlichen Auftraggeber in Berlin
- Keine Einführung der Tariftreue in Brandenburg
- Mehr Transparenz in der Vergabe
  - Einführung Unterschwellenvergaberechtsschutz analog zu Sachsen, Thüringen, Sachsen-Anhalt oder Rheinland-Pfalz

### 7. Einführung von Bearbeitungsfristen und Erlaubnisfiktionen bei Genehmigungsverfahren

- Einführung von allgemeinverbindlichen Bearbeitungsfristen bei der Baugenehmigung
- Einführung von Fristen und Genehmigungsfiktionen bei der Sondernutzung Straßenland
- Einführung Bearbeitungsfristen bei Straßenverkehrsrechtlicher Anordnung (Bundesratsinitiative)

## Forderungen

### Berlin:

1. Schnellstmögliche Umsetzung des Schneller-Bauen-Gesetzes und der Verwaltungsreform in Berlin
2. Durchgehende Digitalisierung aller baurelevanten Verwaltungsprozesse
  - Einführung einer übergreifenden Bauflächendatenbank mit Zugriff für Verwaltungen und Bauherren (Zusammenfassung WoFIS, GeFIS und SoFIS)
  - Faktische Digitalisierung aller Genehmigungsverfahren mit mehr Transparenz für den Antragsteller
  - Digitalisierung des Bauplanungsprozesses und Verkürzung der Erstellungsfristen für Baupläne
    - aktuell zwischen fünf und acht Jahren in Berlin
    - Zum Vergleich: Hamburg benötigt 1,5 Jahre im Schnitt

## Forderungen

### Brandenburg:

1. Belastungsmoratorium für die Wirtschaft
2. Berücksichtigung des Wirtschaftsverkehrs im Mobilitätsgesetz
3. Digitalisierung des Bauplanungsprozesses und Verkürzung der Erstellungsfristen für Baupläne
  - In Brandenburg benötigt ein B-Plan im Durchschnitt fünf Jahre – deutliche Verkürzung nötig
4. Überarbeitung des Landesentwicklungsplanes (LEP HR)
  - Bremst nach wie vor durch starre Regelungen die wirtschaftliche Entwicklung gerade in den metropolfernen Regionen aus
  - Aber auch hauptstadtnah ein Problem → Sonderregelung für Tesla benötigte rund ein halbes Jahr



Vielen Dank  
für Ihre Aufmerksamkeit